

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Peer Lilienthal (AfD)

Nicht abgerufene Mittel eines Investitionsprogramms des Bundes für finanzschwache Kommunen

Anfrage des Abgeordneten Peer Lilienthal (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 19.09.2018

Bild am Sonntag und *Focus* berichteten am 16./17. September 2018 über ein Investitionsprogramm des Bundes für finanzschwache Kommunen mit einem Umfang von 3,5 Milliarden Euro. Bezogen auf jedes Bundesland sei dabei grundsätzlich ein Zugriff auf Finanzmittel bis hin zu einer jeweiligen Maximalhöhe eingeräumt worden.

In den Medienberichten wird dargestellt, dass bis 2022 durch diese Finanzmittel beispielsweise auch Schulen saniert werden könnten.

Niedersachsen aber habe aus diesem Investitionsprogramm lediglich 0,8 Millionen Euro von möglichen 289 Millionen Euro abgerufen.

1. Warum sind für niedersächsische finanzschwache Kommunen lediglich 0,8 Millionen Euro abgerufen worden, während beispielsweise Baden-Württemberg und Bayern ihre Mittel vollständig abgerufen haben (jeweils über 200 Millionen Euro)?
2. Welche konkreten Hemmnisse standen dem Abrufen einer höheren Förderung aus dem Investitionsprogramm entgegen?
3. Was ist von der Landesregierung unternommen worden, um diesen Hemmnissen entgegenzuwirken und den niedersächsischen finanzschwachen Kommunen einen Zugang zu höheren Fördermitteln aus dem Programm zu erleichtern?

(Verteilt am 20.09.2018)